

Yannick Steinbach · Hoffnungsthaler Str. 37 · 51503 Rösrath

An meine
Mitbürgerinnen und Mitbürger
des Wahlbezirks 18

Im Februar 2024

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Nachbarinnen und Nachbarn,**

im Herbst des letzten Jahres wurde der offizielle Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2021 der Stadt Rösrath bekannt gegeben. Dieser fiel überraschend positiv aus. Der Überschuss im Jahr 2021 betrug 5,8 Millionen Euro. Dieser Überschuss bedeutet, dass 5,8 Millionen Euro mehr an Steuern bezahlt wurden, als die Kommune in diesem Haushaltsjahr brauchte.

Den Überschuss hat der Rat der Ausgleichsrücklage zugeführt, die danach 11,9 Millionen Euro umfasst. Das entspricht ziemlich genau der Summe aller Überschüsse, die seit dem Jahr 2017 erzielt wurden. Die aktuellen Prognosen für die Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 sehen mehr oder weniger eine Punktlandung vor, sodass die Rücklagen durch diese Haushaltsjahre keine nennenswerten Veränderungen erfahren.

Die Stadt Rösrath kommt also aus sehr guten finanziellen Jahren. Von einer „klammen Kommune“ konnte und kann nicht die Rede sein, obwohl das ja gerne als Ausrede vorgeschoben wird.

Anders sehen die zukünftigen Jahre aus. In der Ratssitzung vom 15.01.24 wurde der städtische Haushalt für das laufende Jahr eingebracht, der dann in der Sitzung am 18.03.24 verabschiedet werden soll.

Der Haushalt sieht eine Unterdeckung von 8,05 Millionen Euro vor, obwohl die Einnahmen auf Rekordniveau liegen. Nach Jahren der Überschüsse liegt also erstmalig wieder ein wirklich tief rotes Ergebnis vor. Für die gestiegenen Einnahmen ist insbesondere der Anstieg der Gewerbesteuer verantwortlich. Im aktuellen Haushaltsjahr sind Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 15,2 Millionen Euro geplant (12,4 Mio Euro in 2023). Der Rest ist ziemlich konstant. Die Verwaltung kann immer noch nicht abschätzen, welche Auswirkungen die Grundsteuerreform haben wird. Derzeit nimmt die Stadt 8,08 Mio. Euro durch die Grundsteuer ein.

Problematischer stellen sich demgegenüber die Ausgaben dar. Die Bürgermeisterin möchte 28% mehr für Personal ausgeben (14,59 Mio. in 2024 gegenüber 11,42 Mio. in 2023). Wir haben noch keine Ahnung, mit welchen Stellen sie das erreichen möchte. Aber nachdem sich die Stadt inzwischen einen

Bitte wenden



Yannick Steinbach

Wahlbezirk 18
Forsbach Nord-Ost

Fraktionsvorsitzender der Fraktion
ForsPark im Rat der Stadt Rösrath

Hoffnungsthaler Str. 37
51503 Rösrath
M 0175 / 3600703
steinbach-yannick@web.de

Der Glasfaserausbau in
Forsbach kommt.



Klimaschutzmanager, einen Nachhaltigkeitsmanager und demnächst noch einen Mobilitätsmanager leistet, fehlt uns die Fantasie, mit welchen Stellen sie diese Personalausgaben schaffen möchte. Die Stelle eines Energiemanagers haben wir vor Kurzem erst gemeinsam mit der FDP und der CDU verhindert. Wir sind der Meinung, dass die jeweiligen Manager erst einmal nachweisen müssen, dass sie ausgelastet sind. Insofern können Sie sich darauf verlassen, dass wir hinsichtlich solcher Personalausgaben Sie als Steuerzahler stets im Blick behalten.

Das Defizit in Höhe von 8 Millionen Euro wird nicht durch Steuererhöhungen finanziert. Wir nehmen in voller Höhe die Ausgleichsrücklage in Anspruch. Das ist ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde möglich. Der Haushalt gilt somit als ausgeglichen. Ich möchte an der Stelle aber auch einmal herausstellen, dass ich es als Erfolg meiner Fraktion verbuche, dass trotz dieser großen Unterdeckung Steuererhöhungen kein Thema sind. Ich habe es in meinen vergangenen Bürgerbriefen, in der Presse und auch auf unserer Bürgerversammlung immer wieder betont, dass es keine Steuererhöhungen geben darf, solange die Überschüsse der letzten Jahre nicht aufgebraucht sind. Die dadurch geschaffene Transparenz und der öffentliche Druck sorgen unseres Erachtens jetzt dafür, dass die Verwaltung diesem Ansatz folgt.

II. Unterbringung Geflüchteter

Es vergeht im Grunde keine Woche, in der uns als Stadt keine neuen Geflüchteten zugewiesen werden. Dementsprechend ist die Unterbringung eine der größten aktuellen Herausforderungen, die die Kommune hat. Dabei ist die Einquartierung in Hotels keine Ausnahme. In der letzten Ratssitzung des Jahres 2023 hatte der Rat darüber zu entscheiden ob, wo und wie eine neue Unterkunft für Geflüchtete entstehen soll. Gut zwei Stunden lang debattierte der Rat zu diesem Tagesordnungspunkt. Es war eine Sternstunde der Demokratie. Argumente wurden ausgetauscht, Sorgen und Probleme beleuchtet und am Ende entschied halt eine Mehrheit.

Der Rat entschied sich dazu, auf dem städtischen Grundstück an der Brander Straße hinter der Autobahnunterführung eine Containeranlage zu errichten. Um das vorweg noch einmal klarzustellen: Wir bekommen deswegen keine Zuweisung mehr. Die Anlage wird errichtet, um andere Unterkünfte zu schließen, etwa Behelfszelte oder aber der Standort am Freiherr vom Stein Schulzentrum. Die Stadt macht das nicht, um noch mehr Geflüchtete nach Rösrath zu holen.

Zu entscheiden war insbesondere, wie viel Geld für eine solche Anlage ausgegeben wird. Wir haben als Fraktion für die günstigere Alternative gestimmt. Das politisch linke Spektrum (Grüne, SPD, ZLR) wollte etwa 50% mehr ausgeben und statt der Container Modulbauten dort platzieren. Die Container fanden mit den Stimmen der CDU dann eine Mehrheit, sodass sich der Rat darauf verständigt hat. Aber auch die günstigere Alternative kostet uns als Stadt 1,5 Millionen Euro. Hinzu kommen die Kosten für die Erschließung. Dafür lassen sich demnächst aber vielleicht auch die teuren Hotelzimmer vermeiden.

Wir sind der Meinung, dass die Interessen aller Steuerzahler hier größer zu gewichten sind, weshalb wir für die günstigere Variante gestimmt haben. Teilen Sie uns aber wirklich gerne mit, wie Sie dazu stehen, da weitere Entscheidungen dieser Art folgen.

Die AfD übrigens, für die das ja ein wichtiges Thema sein dürfte, nahm an der Sitzung nicht einmal teil.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Anwohner der Brander Straße nicht glücklich über diese Entscheidung sind. Schätzungsweise 100 Bürgerinnen und Bürger aus diesem Stadtteil waren bei der



letzten Ratssitzung anwesend. Solche Unterkünfte sind in der Nachbarschaft nur begrenzt gern gesehen. Ein Ratsherr der FDP brachte auf seinem Facebook Account ins Spiel, die Heidchenwiese für Flüchtlingsunterkünfte zu nutzen. Einem solchen Vorstoß erteilen wir eine klare Absage. Solche Containeranlagen können nicht einfach mitten im Ort platziert werden. Insofern halten wir den Standort an der Brander Straße im Außenbereich für angemessen.

In der Stadt Rösrath sind derzeit 282 Geflüchtete aus der Ukraine und 451 aus anderen Ländern untergebracht. Im Haushalt sind rund 2 Millionen Euro an Aufwendungen für Asylbewerber angesetzt.

III. Kita Höhenweg/Bauvorhaben Altvolberg/OGS Plätze/Kita an der Katholischen Kirche

Derzeitiger Stand der Dinge ist, dass die Kita Höhenweg in das Neubaugebiet Altvolberg ziehen soll, damit die Grundschule die Fläche der Kita bekommt.

Wir halten diesen Ansatz nicht für die beste Lösung. Zum einen ist die Kita dann ganz im Süden des Ortes schon recht abgelegen und zum anderen sind wir der Meinung, dass die Defizite beim Kitaangebot kein entweder oder erlauben. Außerdem wird sich das Thema Altvolberg noch etwas länger hinziehen.

Allerdings zeigt die Erfahrung, dass die Erweiterung im Bestand nicht funktioniert. Wir wollen daher mit Ihnen einen neuen Gedanken anstoßen: Die Fläche, die zwischen Lehrer- und Besucherparkplatz zur Verfügung steht, eignet sich unseres Erachtens nach bestens, um dort die fehlenden Räume für den offenen Ganztags entstehen zu lassen. Die Kita Höhenweg behielte dadurch ihren zentralen Standort und könnte auch ihre Konzepte, für die sie den vorhandenen Platz braucht, weiterverfolgen. Und auch die neuen Räumlichkeiten befänden sich unmittelbar in der Nähe der Grundschule. Das neue Gebäude müsste dort auf dem abschüssigen Gelände zwar arrondiert werden, das könnte unseres Erachtens aber problemlos erreicht werden. Wir hoffen, dass Sie als Eltern, Personal und Anwohner diesbezüglich mit uns in die Diskussion einsteigen und uns eine Rückmeldung geben.

Des Weiteren unterstützt die Stadt den Ausbau der Kita an der katholischen Kirche mit 3 Millionen Euro. Das ist nur in die Öffentlichkeit gelangt, weil wir bei der Kommunalaufsicht beantragt haben, dass dieser Tagesordnungspunkt in den öffentlichen Teil verlegt wird. Andernfalls dürften wir da heute kein Wort drüber verlieren. Im Gegenzug für diese Investition müssen wir als Stadt im Anschluss entsprechend auch keine Raummiete zahlen, sodass die Unterstützung der katholischen Kirche, die die restlichen Kosten übernimmt, nach unserer Auffassung gerechtfertigt ist. Die Versorgung mit Kitaplätzen geht also merklich voran.

IV. Evangelische Kirche

Inzwischen ist allgemein bekannt, dass auf dem Gelände der evangelischen Kirche ein Seniorenheim entstehen soll. Die Art und Weise, wie die Evangelische Kirche vorgegangen ist, wurde aus der Bürgerschaft hinreichend und zu Recht kritisiert. Davon strikt zu trennen ist die Rolle des Wöllnerstifts. Es wäre natürlich schön, wenn sich ein Gemeindezentrum auf dem Grundstück erhalten ließe. Dadurch, dass die Kirche das Grundstück vermieten will, greift aber auch kein Vorkaufsrecht der Stadt. Die einzige Möglichkeit, die die Politik zur Einwirkung noch hat, ist im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens. Im Zuge der dann durchzuführenden Offenlage haben Sie alle die Möglichkeit, sich am Verfahren zu beteiligen. Allerdings wird erfahrungsgemäß auch nahezu alles abgeschmettert. Aller Voraussicht nach wird dieses Verfahren wohl erst den nächsten Rat beschäftigen. Nach unseren bisherigen Erfahrungen sind wir sicher, dass der Satzungsbeschluss in dieser Wahlperiode nicht mehr zustande kommt.



V. Hoffnungsthaler Str./Einmündung Bensberger Str.

Aus Ihren Reihen gab es den Vorstoß, dort eine Ampelanlage zu errichten. Die Straßenverkehrsbehörde teilte mir mit, dass dies aufgrund der Straßenbreite nicht zulässig sei. Meinen Alternativvorschlag sehen Sie jetzt seit rund einem halben Jahr auf die Straße gemalt. Verkehrsbeobachtungen haben ergeben, dass es dort seitdem tatsächlich zu deutlich weniger Kreuzungsverstopfungen kommt, weil sich auch die Linksabbieger weit genug rechts halten. Das Ganze wurde mit dem Hinweisschild unterstützt. Mehr ist zur Entschärfung dort nicht zu machen. Aber dies ist ein schönes Beispiel für ganz alltägliche Kommunalpolitik.

VI. Heidchenwiese

Die Heidchenwiese wird bebaut, das Klageverfahren hatte keinen Erfolg. Politisch bleibt uns lediglich, dafür zu kämpfen, dass die freigebliebene Parzelle, die der Erweiterung dienen soll, nie zum Tragen kommt. Auch darüber entscheiden am Ende schlicht Mehrheiten. Auf die Grünen ist diesbezüglich sicher kein Verlass, die stimmten geschlossen für die Bebauung. Wir transportieren Ihren Willen auch in die Abstimmung. Auch das andere große Baugebiet in Forsbach, Altvolberg, wird von den Grünen unterstützt. Naturschutz geht nur mit uns.

VII. Bauvorhaben im Stadtgebiet und die Rolle der Stellplatzsatzung

Kaum ein Thema im Rat ist politisch so umstritten, wie die Entwicklung des Verkehrs. Insbesondere die Fraktion der Grünen und noch extremer die Fraktion ZLR glauben an das Fahrrad als Verkehrsmittel der Zukunft. Damit einher geht immer wieder die Diskussion, wie viele Stellplätze der Bauherr vorweisen muss. Dafür haben wir in der Stadt eine Stellplatzsatzung. Die besagten Fraktionen wollen, dass weniger Stellplätze vorzuweisen sind. Sie merken es selbst, wenn Sie durch den Ort fahren. Es gibt Stellen, die sich nur noch schwer passieren lassen. Das ist die Art von Kommunalpolitik, die Sie täglich spüren. Wir glauben fest daran, dass die Menschen auch weiter zwei Autos im Haushalt halten werden und wollen dementsprechend auch, dass Bauherren die Stellplätze auf ihren Grundstücken vorweisen.

VIII. Parken im Holzmarkt und Heideweg/Verkehrsspiegel Entgesbüchel

Es ist im Gespräch, in diesen Straßen die Parkflächen zu markieren. Größere Fahrzeuge hatten teils Schwierigkeiten, die Engstellen zu durchfahren. Auch einige Anwohner von Ihnen hatten sich dazu bereits geäußert. Ich möchte Ihnen aber noch einmal Gelegenheit geben, mir Ihre Meinung mitzuteilen. Verkehrsthemen nehmen aufgrund der Vielzahl der Behörden, die involviert sind, mit Abstand am meisten Zeit in Anspruch. Für die oben erwähnte Markierung in der Hoffnungsthaler Str. hat es zwei Jahre gebraucht. Der Verkehrsspiegel Ecke Entgesbüchel wurde mir von der Leiterin der Straßenverkehrsbehörde zugesagt – mal sehen, wann er kommt.

Schauen Sie gelegentlich auch auf unsere Webseite: www.forspark.de. Dort berichten wir immer wieder auch zu Themen, die aktuell in der Presse behandelt werden. Sie finden da insbesondere noch einen Beitrag zum Thema Altvolberg, das für Sie lokal zwar etwas weiter weg ist, aber die Vorgehensweise dort zeigt, wie wichtig politische Transparenz ist.

Herzliche Grüße
Ihr Stadtrat